

# +++ 43. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,**  
dies ist die 43. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

**Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure**

**Clara Herrmann**, Sprecherin für den Bereich Verfassungsschutz und Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, [newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de)

## +++ Inhalt +++

- 1. Dramatischer Anstieg rechter Gewalt**
- 2. Gewalt gegen Geflüchtete wächst**
- 3. Antisemitische Delikte im Jahr 2015**
- 4. Anschläge auf Religionsgemeinschaften überwiegend rechtsmotiviert**
- 5. Neuigkeiten/ Verschiedenes**
- 6. Termine**

## + 1. Dramatischer Anstieg rechter Gewalt +

Das Ausmaß rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie antisemitischer Vorfälle in Berlin ist erschreckend hoch und hat ein dramatisches Niveau erreicht.

Die Opferberatungsstelle für Opfer rassistischer und rechter Gewalt ReachOut hat in Berlin im Jahr 2015 insgesamt 320 rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch oder homophob motivierte Angriffe dokumentiert. Das sind 141 mehr als im Jahr 2014 und ein massiver Anstieg von 78 Prozent. Das häufigste Tatmotiv ist Rassismus.

Die Polizei erfasste dagegen im Jahr 2015 insgesamt nur 143 rechte Gewaltdelikte – das sind 177 weniger Fälle als die Zivilgesellschaft gezählt hat. Die Berliner Polizei muss erklären, warum sie nicht einmal die Hälfte der Angriffe zählt. Die offizielle Statistik muss endlich das reale Ausmaß rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und homophober Gewalt abbilden. Nur wenn die offizielle Statistik die tatsächlichen Fallzahlen widerspiegelt, kann dies zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen und einer Verharmlosung des Problems rechter Gewalt entgegenwirken.

Auch die militante und gewaltbereite rechte Szene in Berlin wächst. Das hat die Antwort des Senats auf eine Schriftliche Anfrage von mir zum rechtsextremistischen Personenpotenzial ergeben. Nachdem die Zahlen gewaltbereiter Rechtsextremer jahrelang abgenommen hatten, wächst das Potenzial militanter Neonazis in Berlin wieder.

Diese Zahlen müssen für uns ein Weckruf im Kampf gegen Rechts sein. Rechte Hetze von AfD, Pegida und Co ist der Nährboden für Hass und Gewalt. Neonazis organisieren und radikalieren sich zunehmend. Rechte Gewalt darf nicht verharmlost werden, sondern die Täter müssen konsequent verfolgt werden. Behörden müssen rechtsextreme Gewalt ernst nehmen, die Opfer besser schützen und die Zivilgesellschaft weiter stärken! Rassistische Hetze und rechtsextreme Gewalt haben keinen Platz in Berlin.

### **Parlamentarisches:**

- Pressemitteilung: [„Massiver Anstieg rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und homophober Angriffe in Berlin“](#)
- Pressemitteilung: [„Dramatischer Anstieg rechter Gewalt in Berlin“](#)
- Schriftliche Anfrage: [„Gewaltbereite Rechtsextreme“](#)
- Die PMK der Polizei Berlin finden Sie [hier](#)

### **Aus der Presse:**

- Artikel in der taz: ["Böser Boom Rassismus"](#)
- Artikel des rbb: ["Ein Drittel mehr rechte Gewalttaten in Berlin"](#)
- taz: ["Mehr Rechtsextreme"](#)

## **+ 2. Gewalt gegen Geflüchtete wächst +**

Seit Monaten hetzt die rechtsextreme Szene massiv gegen Geflüchtete. Bundesweit schockieren in regelmäßigen Abständen Schlagzeilen über Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete. Auch in Berlin müssen wir leider ein erschreckendes Ausmaß rechter Gewalt gegen geflüchtete Menschen erleben.

Diese besorgniserregende Entwicklung zeigte bereits die Antwort auf meine Schriftliche Anfrage zu rassistischen Angriffen gegen Geflüchtete und Unterkünfte Anfang des Jahres. Die 57 von der offiziellen Statistik registrierten Angriffe gegen Unterkünfte für Geflüchtete und sich darin befindenden Menschen stellen im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um rund 46 % dar. Die menschenfeindliche Hetze von Pegida, AfD und Co ist auch in Berlin ein Nährboden für rechte Gewalt und lässt die Hemmschwelle für Übergriffe sinken. Gewaltbereite Täter werden in ihrem Handeln bestärkt und zu Angriffen motiviert. Wir müssen alles tun, damit die Menschen, die vor Krieg und Gewalt zu uns flüchten, sicher sind.

### ***Parlamentarisches:***

- [Schriftliche Anfrage: Rassistische Angriffe gegen Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin 2015 \(II\)](#)

### ***Aus der Presse:***

- [Berliner Morgenpost: "Deutlich mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime in Berlin"](#)
- [taz: "Hetzen und Angreifen"](#)

## **+ 3. Antisemitische Delikte im Jahr 2015 +**

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V., hat ihre Zahlen zu antisemitischen Vorfällen in Berlin 2015 veröffentlicht. RIAS sind für das Jahr insgesamt 401 antisemitische Vorfälle bekannt geworden. Davon hat die Statistik der Polizei nur 183 Fälle gezählt. Im Vorjahr waren es insgesamt 262 Fälle, die von der Polizei und RIAS dokumentiert worden sind. Unter den Vorfällen wurden von der Polizei und RIAS 19 antisemitisch motivierte Gewaltangriffe in Berlin erfasst - ReachOut zählte sogar 25 Angriffe. Das zeigt einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle und Gewalt. Während die Zahlen der Polizei einen leichten Rückgang antisemitischer Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr verbuchen, zeigen die Recherchen von RIAS eine deutliche Zunahme der Fälle gegenüber 2014. Die Diskrepanz verdeutlicht, wie wichtig zivilgesellschaftliche Organisationen sind, um das eigentliche Ausmaß von Antisemitismus in Berlin zu zeigen.

Die Antwort auf meine Schriftliche Anfrage zu Antisemitischen Delikten hat zudem ergeben, dass fast 90 Prozent der Delikte rechtmotiviert sind. Antisemitismus ist ein fester Bestandteil der rechtsextremen Szene und darf nicht verharmlost werden.

### **Parlamentarisches:**

- Schriftliche Anfrage: [Antisemitische Delikte \(III\) - Schändungen jüdischer Gedenkstätten](#)
- [Schriftliche Anfrage](#) zu einer Bombenattrappe am Jüdischen Mahnmal in Berlin

### **Aus der Presse:**

- B.Z.: "[Weniger antisemitische Straftaten in Berlin, aber...](#) "
- Berliner Morgenpost: "[Weniger antisemitische Straftaten in Berlin](#)"

## **+ 4. Anschläge auf Religionsgemeinschaften überwiegend rechtmotiviert +**

Die Antworten des Senats auf meine Schriftlichen Anfragen zu Anschlägen auf Religionsgemeinschaften zeigen eine deutliche Tendenz: Die Mehrheit der Angriffe auf Einrichtungen der drei Religionen haben einen rechtsextremen Hintergrund. Insgesamt wurden im Jahr 2015 in der offiziellen Statistik der Polizei 25 Sachverhalte gezählt. Dazu gehören unter anderem Schmierereien, feindliche Aufkleber, Angriffe mit Böllern oder aber auch ein an eine Moschee adressiertes Paket mit einem Schweinekopf und einem Koran. Bei den Kirchen hat es mit 17 Sachverhalten in 2015 im Vergleich zum Vorjahr (13) einen Anstieg der Angriffe gegeben. Von den 17 Vorfällen waren bis auf einen alle rechtmotiviert. Die Anzahl der Angriffe auf Moscheen und Synagogen ist gegenüber 2014 gleich geblieben. Keiner der 25 Vorfälle konnte bisher aufgeklärt werden. Der Ermittlungsdruck muss erhöht werden, denn die Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und dieses gilt es zu verteidigen. Anschläge auf Gotteshäuser sind daher Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben und gehen uns alle an.

### **Parlamentarisches:**

- Schriftliche Anfrage: [Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 I – Kirche](#)
- Schriftliche Anfrage: [Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 II – Moscheen](#)
- Schriftliche Anfrage: [Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 III - Synagogen](#)

## Aus der Presse:

- Artikel im Tagesspiegel: ["25 Anschläge auf Gotteshäuser in Berlin"](#)

## + 5. Neuigkeiten - Verschiedenes +

+++

- Vom 1. bis 3 März fand vor dem Bundesverfassungsgericht im Karlsruhe die mündliche Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren statt. In diesem Zusammenhang wird derzeit im Abgeordnetenhaus eine Änderung des Landeswahlgesetzes diskutiert, die bei einem Parteiverbot den automatischen Verlust von Mandaten sowohl im Abgeordnetenhaus als auch in den Bezirksverordnetenversammlungen ausdrücklich regelt. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht der Verlust von Abgeordnetenhausmandaten aber bereits mit dem Verbot der Partei einher, so dass die Regelung nicht zwingend notwendig wäre. Bei BVV-Mandaten sieht das anders aus, weshalb wir die geplante Neuregelung insoweit befürworten. Die ausführliche Beratung der Gesetzesänderungen stehen noch aus.

Die NPD ist derzeit mit jeweils zwei Sitzen in den BVVen von Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf vertreten. Bei einem erfolgreichen Verbotsverfahren wäre demnach die gesetzliche Neuregelung für Berlin durchaus relevant.

Wie das Verfahren zum NPD-Verbot ausgehen wird, ist nach den 3 Verhandlungstagen allerdings noch nicht abzusehen. Bis zum Urteil werden wahrscheinlich noch Monate vergehen. Die Hürden des Bundesverfassungsgerichts sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an ein Partei-Verbotsverfahren sind hoch. Die Innenminister stehen in der Verantwortung, da sie sich im Alleingang für diesen Weg entschieden haben. Ein abermaliges Scheitern eines NPD-Verbotsverfahrens wäre eine politische Katastrophe und ein fatales Zeichen für die Demokratie und würde die NPD nur stärken. Bei einem erfolgreichen Verbot bleibt zu erinnern, dass dies kein Allheilmittel gegen rechten Terror und rechtsextreme Ideologie ist. Nur eine aktive, sich einmischende Zivilgesellschaft kann den Kampf gegen Rechts in unserer Gesellschaft gewinnen.

+++

- Bei der letzten Sitzung der Rechtsextremismuskommission von Bündnis 90/ Die Grünen, in der ich Mitglied bin, haben wir einen gemeinsamen Beschluss zum rechten Terror in Deutschland gefasst. Der Beschluss "Dem Hass und rechten Terror in Deutschland entgegen treten" ist [hier](#) zu finden

+++

- Meine Schriftliche Anfrage zu Haftbefehlen gegen rechte Szeneangehörige 2014 und 2015 finden Sie [hier](#)

+++

- Ein Artikel in der Morgenpost zu der Gruppe „Deutsche helfen Deutsche“, die im Internet unter dem Deckmantel sozialen Engagements gegen geflüchtete Menschen hetzen, ist [hier](#) zu finden

+++

- Meine Schriftliche Anfrage an den Senat über Reichsadler aus dem Nationalsozialismus in Berlin ist [hier](#) zu finden

+++

- Meine Schriftliche Anfrage zum Thema rechte Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete durch Sicherheitspersonal in Berlin finden Sie [hier](#)

## + 6. Termine +

- Die nächsten Sitzungen des Ausschusses für Verfassungsschutz finden statt am:  
20.04.2016 – 11.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320  
04.05.2016 – 11.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320
- Am 12.03.2016 ruft die rechtsextreme Gruppierung "Wir für Berlin & Wir für Deutschland" zu einem Aufmarsch am Hauptbahnhof auf, zu der bis zu 1.000 Teilnehmer\*innen erwartet werden. Das Bündnis "Berlin Nazifrei" mobilisiert zu Gegenprotesten. Weitere Infos zu den Gegenprotesten mit Aktionskarten sind [hier](#) zu finden
- Am 19. März 2016 findet bundesweit ein Aktionstag unter dem Motto "Hand in Hand gegen Rassismus - für Menschenrechte und Vielfalt" statt. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz in Marzahn-Hellersdorf ruft zu einer Kundgebung auf. Treffpunkt: 15:30 Uhr am Alice-Salomon-Platz in Marzahn-Hellersdorf